

Benutzungspreis

St. 11/12
im Städt. Kreis-
und Nachbarkreis-
verehr. Nr. 2.10,
außerhalb Nr. 2.90
einzelständig der
Postgebühren. Die
Anzahl der
St. 11/12: 103.
Ercheinungspreis
täglich, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Festtage. 2

Gegründet 1877.



Anzeigenpreis

Die 14spaltige Zeile
über dem Raum
15 Pfennig. Die
Reklamazeile über
dem Raum 25
Pfennig. 2. Bei
Wiederholungen
unveränderter An-
zeigen entsprechen-
der Rabatt. Bei
geringfügiger Ein-
teilung und Kom-
plexen ist der
Rabatt fünfzig

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 68

Druck und Verlag in Altensteig.

Samstag, den 22. März.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

Unsere Zeitung bestellen!

Geldflüssigkeit und Sparzinsfuß.

Die „Spartasse“, das amtliche Organ des deutschen Sparassensverbandes, schreibt: Die Geldflüssigkeit hat einen solchen Umfang angenommen, daß es bald nicht mehr leicht sein wird, lohnende Anlagen zu finden. Die Frage drängt, ob der Zinsfuß für Depositen- und Spareinlagen noch lange auf der jetzigen Höhe gehalten werden kann. Die Banken in Berlin haben bereits eine namhafte Ermäßigung eintreten lassen. Die Provinzbanken, besonders im Westen, wünschen dasselbe zu tun, fürchten aber eine Benachteiligung, wenn nicht gleichzeitig die Sparassens ihre Zinssätze erniedrigen. Die Sparassens in Wien haben bereits eine Herabsetzung des Spareinlagenzinsfußes eintreten lassen; im südbayerischen Sparassensverband wird ähnliches erwogen. Unserer Ansicht nach sind die jetzigen Zinssätze der Sparassens im Depositenverkehr nicht mehr zeitgemäß. Ein Herabgehen um 1/2 Prozent sowohl für tägliches Geld als auch für Termingeld halten wir für geboten, der etwa entstehende Ausfall kann nur unbedeutend sein, da die Banken dem Beispiel sofort folgen werden. Die Sparassens sollten nicht warten, bis alle unter einen Hut gebracht sind, sondern sich schnellstens mit den Nachbarkreisparassens einigen. Schwieriger liegen die Verhältnisse für den Zinsfuß der Spareinlagen. Es macht große technische Schwierigkeiten, während des Jahres den Zinsfuß zu ändern. Allerdings gilt das nur für den „normalen“ Zinsfuß. Den „außerordentlichen“ Zinsfuß für Einlagen auf längere Zeit usw. kann man jederzeit ändern, wenigstens für die neuen Zugänge. Man kann auch mit der Gewährung „außerordentlicher“ Zinsen aufhören. Die Kapitalien werden trotzdem zur Spartasse kommen. Man muß sich mit dem niedrigeren Satz begnügen.

Neues vom Tage.

Reichseisenbahnen.

Berlin, 21. März. Sämtliche deutsche Eisenbahnen sollen bis spätestens 1. April 1921 in die Verwaltung des Reichs übernommen sein. Wo eine Einigung bis 1. Oktober 1920 nicht zustande gekommen ist, sollen die Übernahmebedingungen durch ein Schiedsgericht geregelt werden.

Berlin, 20. März. Am 19. März fand im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Reichsministers eine Sitzung über die Verteilung der von der Marine freigegebenen Fischdampfer statt. Die Marine erklärte, 68 Fischdampfer zur Zeit entbehren zu können. 34 Fischdampfer sollen alsbald an die durch Verluste im Reichsmarinendienst geschädigten Reedereien veräußert werden, während die übrigen zur Zeit verfügbaren 34 Dampfer bereit gehalten werden sollten, um gemeinwirtschaftliche Fischereiunternehmungen zu fördern, für die in kürzester Zeit abgeschlossene Pläne dem Reichswirtschaftsministerium vorgelegt werden.

Die Schwierigkeiten in der preußischen Kabinettsbildung.

Berlin, 21. März. Mit der Annahme der preußischen Verfassung ist die Frage der Bildung des preußischen Ministeriums wieder brennend geworden. Der „Berl. Lokalanzeiger“ schreibt: „Als ein Zeichen der Verlegenheit ist es wohl zu deuten, daß in Weimar eine unerbittliche Fällungnahme mit der Deutschen Volkspartei (den Nationalliberalen) versucht wurde, um diese zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen. Sie lehnte selbstverständlich ab. Ein Eingehändnis der gleichen Verlegenheit würde es sein, wenn einfach die bisherige preußische Regierung im Amt bleiben würde. Da keine der Mehrheitsparteien Reizung zum Bruch hat, wird man auf dem Wege irgend einer Verständigung eine Lösung der Schwierigkeiten finden müssen.“

Reichsbürgerrat.

Berlin, 21. März. Am 20. März findet in Weimar die zweite Tagung des Reichsbürgerrats statt. Gegenstand der Beschlussefassung sollen u. a. die Einführung einer berufständischen Vertretung und die Gegenmaßnahmen gegen die einseitige Zurückdrängung des Bürgertums und seiner wirtschaftlichen und kulturellen Interessen angesichts der gesetzlichen Einrichtung der Arbeiterräte sein.

Protest gegen den französischen Glaub.

Karlsruhe, 20. März. Bei der Beratung des neuen Verfassungsentwurfes in der bad. Landesversammlung führte der Minister des Innern Dr. Haas aus: Wir werden in jeder Weise dagegen Einspruch erheben, daß badisches Gebiet von Frankreich annektiert wird. Wir haben Grund anzunehmen, daß Frankreich die Absicht hat, das Rheiner Gebiet zu annektieren. (Lebh. Hört! Hört; und Niemals!) Wir haben vor aller Welt Einsprüche dagegen erhoben, daß dieses Land, in dem kein Mensch anders als Deutsch spricht, von Deutschland abgetrennt wird. Im „Journal“ wurde dieser Tage anerkannt, es sei richtig, daß Keil deutsch sei. Der Keil haben wir aber in irgend einer Form an Straßburg angegliedert werden. Straßburg brauche den Keil nicht. Das ist ein Beweis, daß es sich um einen Raubzug handelt. (Sehr richtig.) Französische Blätter haben entgegen den Waffenstillstandsbedingungen und den 14 Punkten Wilsons die Absicht geäußert, den Rhein von Basel bis Mannheim unter französische Kontrolle zu stellen. (Lebh. Hört! Hört! und Niemals!) auf allen Häfen des Rheins. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreichs Verhalten nicht dem dauernden Frieden dient, sondern darauf hinausläuft, die Völker in ein neues Unglück zu führen, und dagegen müssen wir vor aller Welt protestieren. Wenn Frankreich auf seinen Anspruch beharrt, müssen wir vor der ganzen Welt sagen: Wir sind belogen und betrogen worden! (Lebh. Beifall im ganzen Hause.)

Steht Luxemburg unabhängig?

Luxemburg, 21. März. (Neutral.) Die Kammer nahm einstimmig einen Antrag an, in dem der Wunsch nach Erhaltung der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung des Landes ausgedrückt wird. Der Staatsminister sagte, daß die Regierung zur Pariser Konferenz der Neutralen über den Völkerbund nicht eingeladen worden sei.

Die Kammer nahm die Vorlage an, die eine Volksabstimmung über die Beibehaltung der Dynastie, die Einführung einer neuen Dynastie oder die republikanische Verfassung anordnet.

Eine amerikanische Finanzabordnung.

London, 21. März. Wie die „Times“ aus New York meldet, ist eine amerikanische Abordnung, der auch Vertreter der großen Banken angehören, abgereist, um den Wiederaufbau von Handel und Industrie in Deutschland zu regeln.

Vor der Friedenskonferenz.

Paris, 21. März. (Havas.) Eine von den japanischen Bevollmächtigten vorgelegte Denkschrift verlangt die Rückgabe von Kiautschou ohne Vermittlung Japans, sowie die Beendigung der Besetzung Chinas durch Japan, da eine Aufrechterhaltung dieser Besetzung zu schweren Reibungen führen könnte.

London, 21. März. Holland wird vorgeschlagen, Daag zum Sitz des Völkerbunds zu machen.

London, 21. März. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ macht das englische Publikum darauf aufmerksam, daß der Feldzug gegen den Völkerbund in Amerika immer mehr einen gegen England gerichteten Charakter annehme. Die Gegner des Völkerbunds stellen ihn als Werkzeug der britischen Politik hin.

Der Pariser Berichterstatter des Londoner „Daily Express“ schreibt, Wilson habe sich mit seinem Völkerbund zu Tode gefügt; der Bund könne kein Mittel zur Sicherung des Weltfriedens werden.

Paris, 20. März. (Havas.) Laut „Matin“ hat sich der Oberste Kriegsrat heute mit dem Abbruch der Posener Verhandlungen beschäftigt und Maßnahmen ins Auge gefaßt, die einen Druck auf die Deutschen ausüben sollen, damit die Feindseligkeiten an der Posener Front eingestellt werden.

Gegenstände auf der Friedenskonferenz.

Bern, 21. März. Die Pariser Presse läßt heute die Arbeiten der Konferenz ziemlich unberücksichtigt, um nicht erneut auf den Gegensatz zwischen Wilson und Lloyd George auf der einen Seite sowie Frankreich auf der anderen Seite über die militärischen Bedingungen hinweisen zu müssen. Der „Tend“ betont nochmals die Unaufrichtigkeit der Wilson'schen Politik gegen-

über Deutschland und erörtert die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, wenn die deutsche Regierung mit der Verweigerung der Friedensunter-schrift drohe. In diesem Falle müßten die Verbände in jedem Gebiet Deutschlands örtliche Behörden einsetzen, mit denen sie vorläufige Sonderabkommen treffen würden. Andere Blätter weisen auf die Gefahren einer „ungenügenden Entwaffnung“ Deutschlands hin und verlangen, daß das französische Heer erhalten bleibe. Besonders müsse der jetzige Geist im Offizierstand und in der französischen Jugend, die seit 1871 nur an die Rache und an die Behrlosmachung Deutschlands dachten, erhalten werden. (Frankreich wünscht als die politische Auflösung Deutschlands, was Wilson und wohl auch Lloyd George nicht billigen. Sie scheinen weiter der Meinung zu sein, daß der „jetzige Geist“ der Offiziere und der Jugend in Frankreich dem Weltfrieden nicht förderlich ist und daß daher Frankreich ebenso zum Freiwilligenheer übergeben soll, wie Deutschland vorgeschrieben wird. D. Schr.)

Nach dem „Hornet“, dem Blatt Clemenceaus, wird Lloyd George seine Reise nach London vorläufig um eine Woche verzögern und nur im Falle des Generalstreiks der englischen Arbeiter früher zurückkehren.

Der „Dreibund“.

London, 21. März. „Daily Chronicle“ zufolge hat die Staatskommission das Angebot des Ausschusses der Eisenbahner verworfen. Der Achtfundentag und die Streikstellung der Arbeitsbedingungen auf allen Eisenbahnen wurden bewilligt, aber die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind noch unerledigt.

Neue werden Vertreter des Arbeiterdreibunds (Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter) über die Frage beraten. Davon wird es abhängen, ob in dem Anstand eingetreten wird.

Ausfluß Deutsch-Österreichs.

Weimar, 21. März. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm einstimmig eine Erklärung aller Parteien an, die es begründet, daß zwei Regierungsvertreter aus Deutsch-Österreich an den Verhandlungen des Ausschusses teilnehmen und die zugleich wünscht, daß auch Abgeordnete Österreichs an den Verhandlungen über die Verfassung des gesamten Reichs sich beteiligen können. Bei den Vereinbarungen soll auf besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten Deutsch-Österreichs Rücksicht genommen werden.

Berlin, 21. März. Wie die „B. Z.“ meldet, sprach Lloyd George bei den Verhandlungen in Paris über die deutsch-polnische Grenze entschieden gegen den Vorschlag aus, die polnische Grenze von 1772 wieder aufzurichten. Man dürfe unter keinen Umständen eine deutsche Prebenda (d. h. eine Politik, die unter Fremdherrschaft heratemen Deutschen zu bestreiten) entstehen lassen und diese würde bestimmt in den Gebieten östlich der Weichsel, die von Deutschen ziemlich stark bevölkert seien, aufkommen.

Amthches.

Ueber den Fleischverbrauch

hat die Fleischversorgungsstelle für Württemberg u. Hohenzollern bestimmt:

1. Die Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die wöchentlich auf die Fleischkarte entnommen werden darf, wird vom 24. März 1919 ab bis auf weiteres für Groß-Stuttgart auf 200 g, für die übrigen Gemeinden auf 150 g Schlachtwiehfleisch mit eingewachsenen Knochen festgesetzt. Hiernach entfallen auf die einzelne Fleischkarte in Groß-Stuttgart 20 g, in den übrigen Gemeinden 15 g. An Stelle von je 20 g (Stuttgart) bzw. 15 g (sonstige Gemeinden) Schlachtwiehfleisch mit eingewachsenen Knochen können entnommen werden 20 bzw. 15 g marinierte Fleischwurst oder 16 bzw. 12 g Schlachtwiehfleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Junge, Sied-, Rohfleisch, 40 bzw. 30 g Rippenfleisch, Eingeweide, Wildbret, Junge, Fleischkonserven einschließlich des Dosengewichts.

2. Versorgungsberechtigte, denen wegen Krankheit Fleischzulagen gewährt werden, erhalten diese in gleichem Umfang weiter. Die Herabsetzung des Fleischkartenwerts ist durch eine entsprechende Zuteilung von Fleischkartenanteilen auszugleichen.



Landesnachrichten

Mittwoch, 21. März 1919.

Kriegerdank und Heldenehrung. In der letzten Sitzung der bürgerl. Kollegien wurde einstimmig beschlossen, als Zeichen des Dankes an die Krieger eine städt. Stiftung mit 20 000 M. unter dem Namen „Kriegerdank“ zur Unterstützung notwendiger hiesiger Krieger und deren Hinterbliebenen zu machen. Außerdem soll zum Gedächtnis der Gefallenen bei den Schloßberganlagen ein Kriegerhain mit einem Denkmal errichtet werden.

Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 19. März. Der Vorsitzende begrüßt das in der Sitzung wieder anwesende Mitglied des Bürgerausschusses A. Jocher und begrüßt ferner den hiesigen Rückkehrer aus dem Felde. — Verlesen wird eine Zuschrift von Fortstammann Diem in Schuffenried, in welcher derselbe seinen Dank für die Wahl als städt. Oberförster zum Ausdruck bringt. — Zur Beratung und Beschlußfassung kommen die beiden Etats für die Jahre 1917/18 und 1918/19. Der Vorsitzende bemerkt einleitend, daß die städt. Schuldentilgung, welche während der ersten Kriegsjahre zurückgestellt werden mußte, in die vorliegenden Voranschläge einschließlich der Rückstände mit M. 30 000 wieder aufgenommen werden konnte und zwar zur Deckung aus laufenden Mitteln. Der Voranschlag für 1917/18 ergibt an Einnahmen M. 256 665 an Ausgaben M. 300 277 somit ein Abmangel von M. 43 612, der Etats für 1918/19 verzeichnet an Einnahmen M. 316 455 an Ausgaben M. 375 980 also ergibt sich ein Abmangel von M. 59 525, wobei die Stadt betreffende Amtsförderungsumlage in nennmehrer Höhe von M. 40 700 eingeschlossen ist. Der Fehlbetrag aus beiden Abjahren kann gedeckt werden aus dem Ertrag der Einkommensteuer mit 45% der staatlichen Einnahme, sowie aus einer Gemeindeförderung von 6 1/2% des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, also in diesem Umfang. Mit Rücksicht auf die hohen Aufwände der Stadt für Kriegswohlfahrtspflege, Feuerungszulagen und sonstige durch die Kriegszeit bedingte erhöhte Leistungen auf fast allen Gebieten, darf der Staatsabzuschlag dank der günstigen Holzpreise als ein guter bezeichnet werden, da er ermöglicht, eine Steuererhöhung zu umgehen. — Ein Antrag die Bürgergabe von M. 5 auf M. 7 zu erhöhen findet Genehmigung. — Die beiden Haushaltsvoranschläge werden nach Vorlage gutgeheißen. — Der Vorsitzende gibt sodann eine Uebersicht über den Schuldenstand der Stadtgemeinde, welche zur Kenntnis genommen wird. — Zur Bekanntgabe kommt eine Zuschrift von Architekt Dollinger in Stuttgart, der seinerzeit die Pläne für den Krankenhausneubau gefertigt hat. Derselbe gibt einen Uebersicht über die Kosten bei gegenwärtiger Bauausführung unter Berücksichtigung der von Reich und Staat zu gewährenden Uebererzeugungszuschüsse, und empfiehlt im Interesse der anständigen Bauhandwerker die Inangriffnahme des Krankenhausneubaus. Die bürgerl. Kollegien beschließen jedoch im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, das Projekt bis auf weiteres zurückzustellen. — Ebenfalls zurückgestellt wird die Ueberbrückung des Seltengrabens sowie die geplante Straßenführung von der Wilhelmstraße zum Bahnhofs, mit Rücksicht auf die enorm hohen Preise der Baumaterialien. — Zu weiterer Behebung der Wohnungsnot wird vom Vorsitzenden vorgeschlagen, durch die Stadtgemeinde einige Wohngebäude zu errichten, da hierzu von Reich und Staat namhafte Beiträge in Aussicht zu nehmen sind. Es können auf das städt. Baugelände in der Gartenstraße beim Haus von Glaser Reich 3 Gebäude für Wohnungen von je 4 Zimmern, ferner an die Altensteig-Doerferstraße beim früheren Streubach ein Doppelwohnhaus mit 4 Wohnungen von je 3 Zimmern erstellt werden. Gemeinderat und Bürgerausschuss erklären ihre Zustimmung zu diesem Bauprojekt, das baldmöglichst, sobald bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, ausgeführt werden soll. Die während des Krieges nicht mehr erhobene Feuerwehrgeld kommt zu den Sähen von M. 3, 5, 10, 15 und 20 ab 1. April wieder zur Erhebung. — Ein Sach der städt. Unterbeamten um Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage wie sie der Staat gewährt, gibt Veranlassung, dieser schon in letzter gemeinschaftlicher Sitzung behandelten Frage nunmehr näherzutreten. Nach den vom Vorsitzenden anwesenden Erörterungen werden nach dem Vorschlag des Staates auch durch die Gemeindevorstellungen außerordentliche einmalige Feuerungszulagen an Beamte und Unterbeamte gewährt. Auch in der Nachbarnstadt Nagold sollen die städt. Beamten diese Zulagen bekommen. Es wird beantragt, demjenigen städt. Beamten u. Unterbeamten welche ihren Lebensunterhalt auf ihr Einkommen aus der Stadtasse gründen, als einmalige außerordentliche Feuerungszulage 50% der bisher gewährten Bezüge zu bewilligen, was eine Ausgabe von M. 9500 zur Folge hat. Dieser Antrag findet Annahme. — Durch den Umstand, daß in manchen, insbesondere kleineren Gemeinden Begrüßungsfeiern für die heimkehrenden Krieger veranstaltet wurden, scheint bei einem Teil unserer Kriegsteilnehmer der Wunsch zu bestehen, daß auch durch die hiesige Stadtverwaltung eine derartige Feier abgehalten werden möge. Die bürgerlichen Kollegien kommen nun nach eingehender Aussprache einmütig zu der Ansicht, nach Lage der Verhältnisse von der Veranstaltung einer Empfangsfeier Umgang nehmen zu sollen. Der große Dank der Stadtgemeinde an ihre Ausmärklichen kann durch diese Stellungnahme nicht beeinträchtigt werden, er findet einen besonderen Ausdruck in dem einstimmigen Beschluß zur Gründung einer städt. Stiftung „Kriegerdank“ in Höhe von 20 000 M. für welche als erste Rate sofort M. 5000 in den Etat eingestellt werden. Das Stiftungsergebnis dient zur Unterstützung notwendiger Krieger und deren Hinterbliebenen. Außerdem ist in Aussicht genommen, zum Gedächtnis unserer Gefallenen in den Schloßberganlagen einen Kriegerhain mit einem würdigen Denkmal zu erstellen. — Zum Schluß der Sitzung trägt Oberförster Pfister den Waldwirtschaftsplan für die Wirtschaftsperiode 1914/23 vor.

Die Sammlung für Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Sammlung der Volkshilfe im Bezirk Nagold hat bis jetzt den Betrag von 10750 M. ergeben, sie wird bis 31. März fortgesetzt. Zweck der Sammlung ist, die Lage der Gefangenen durch Beschaffung von Geldmitteln und Nahrung zu erleichtern. Ihnen beim Betreten der Heimat einen warmen Empfang zu bieten und sie beim Uebergang in die Friedensarbeit in jeder Weise zu unterstützen. Darum säume keiner, der bis jetzt fernstand, noch sein Schwertlein beizutragen. Gaben nehmen die Gefälligen, Schlichteisen und Lehrer sowie die Oberamtsparafasse entgegen.

Briefe nach Odessa. Briefe an die württ. Truppen in Odessa, Großliebental und Nikolajew können bis spätestens 24. ds. Mts. 10 Uhr vorm. im Geschäftszimmer der 7. Landwehr-Division Stuttgart, Hensteigstr. 45, abgegeben werden. Da der Kurier nur eine sehr beschränkte Menge Post mitnehmen kann, wird gebeten, dieses Mal nur in möglichst geringem Umfang von der Beförderungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Unter sich befreundete Familien werden erjucht, ihren Angehörigen nicht in Einzelbriefen, sondern nur von einer Seite aus Nachricht zukommen zu lassen.

Lehrerverammlung. Der Deutsche Lehrerverein veranstaltet nach dreijähriger Unterbrechung am 14. und 15. April ds. Jrs. in Berlin eine Sekretärerversammlung.

Erhöhung des Kohlepreises. Infolge der gesteigerten Selbstkosten durch Lohnerhöhung, verringerte Arbeitszeit und Arbeitsleistung hat der Verein der Kohlenbesitzer in Effen beschlossen, für den Monat April die Preise für Kohlen um 20 Mark, Koks um 30 M. und Briketts um 20.50 M. die Tonne einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer zu erhöhen. Der Preis für Aufkohlen wird um 22 M., der für Brechkohlen I-III um 36 M. erhöht.

Die Getreideentseimung. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt halbamtlich: Infolge des Verschleißens der Einfuhr aus den fernzeit mit uns belegten Ländern ist die Getreideentseimung mit uns verhandelt worden der Reichsregierung erneut bestimmt worden, alle inländischen Rohprodukte, wie Mehl usw., aus denen Fett bzw. Öl gewonnen werden kann, reiflos zu erfassen. Demzufolge wurden sämtliche Behörden, Kommunalverbände und andere Organisationen angewiesen, für strenge Durchführung der Getreideentseimung zu sorgen.

Strohjacke und Kopfpolster. Die Reichsbekleidungsstelle hat sich bereit erklärt, Strohjacke und Kopfpolster, sofern diese zur Ausstattung von Unterfunktionären für die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter benötigt werden, zu stellen. Entsprechende Anforderungen sind bei der Reichsbekleidungsstelle Abteilung H, Berlin W., Nürnbergerplatz 1, einzureichen.

Reichsregierung und Handlungsgelüste. Es wird uns geschrieben: Nach § 518 der Reichsversicherungsordnung können die gesetzlichen Krankenkassen zur Abführung von vier Fünfteln des Arbeitgeberbeitrags für die bei den Ersatzlosen versicherten Angestellten an die Ersatzlosen verpflichtet werden. Diese Bestimmung soll nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 3. Februar 1919 in Wegfall kommen. Das bedeutet, daß die gesetzlichen Kassen in Zukunft ohne jedwede Gegenleistung die Beitragsanteile der Arbeitgeber auch für die Angestellten einzuziehen können, die gar nicht bei ihnen versichert sind. Tatsächlich eine ungeliebte Schiedung der 250 000 in Ersatzlosen versicherten Handlungsgelüste, denn die Regierungsverordnung wird den Ersatzlosen das Verschulden nicht nur erleichtern, sondern geradezu unmöglich machen. Im Gegensatz zu dem ihr sonst vornehmlich beachteten Wohlstand hat die Regierung vor Erlass der Bestimmung die beteiligten Kreise nicht gehört. Der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (G. A. V.) hinter dem über eine halbe Million Angehörige stehen, hat in einer Eingabe an die Nationalversammlung die Erimmung der kaufmännischen Angestellten zum Ausdruck gebracht und die Nationalversammlung gebeten, die Reichsregierung zur Aufhebung der die Ersatzlosen erdrosselnden Bestimmungen zu veranlassen.

Bergamotungen für Landarbeiter. Gewerkschaften, die früher in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, sowie sonstigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig gewesenen Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie deren Familienangehörigen wird, wenn sie der Gemeinde ihres letzten Wohnorts den Nachweis erbringen, daß sie eine Stelle in der Land- oder Forstwirtschaft zu übernehmen sich verpflichtet haben und zu diesem Zweck ihren Wohnsitz verlegen müssen, freie Fahrt zu den Wohnortsorten sowie eine angemessene Beihilfe zu den sonstigen Reisekosten gewährt. Dabei ist aber bei der Gemeinde des letzten Wohnorts der Nachweis zu erbringen, daß die Unterhalt in dem Beschäftigungsort gesichert ist. In diesem Fall hat die Gemeinde über der Gemeindeverband des letzten Wohnorts auch die freie Beförderung des Hausrats usw. zu bewilligen. Es ist nicht möglich, die Familienangehörigen in den auswärtigen Beschäftigungsort mitzunehmen, so werden den zurückbleibenden Familienangehörigen für die Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses Familienunterstützungen gewährt, die das 1/2fache der Erwerbslosenfürsorge betragen. Die Kosten für freie Fahrt, Umgang und Unterhaltungen hat die Gemeinde oder der Gemeindeverband des letzten Wohnorts zu verauslagen und zwar für Erwerbslose aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Die für die sonstigen Arbeiter verauslagten Kosten werden vom Reich und dem in Frage kommenden Bundesstaat je zur Hälfte ersetzt. Den in landwirtschaftlichen Selbstversorgungsberrieben beschäftigten Arbeitern steht außer

den Lohnen das Recht auf Selbstversorgungsration zu. Auch erlangen die ständig beschäftigten Arbeiter Gelegenheit zur Pachtung oder sonstigen Nutzung von Land für den Bedarf des eigenen Haushalts. Die Regierungsverordnung verpflichtet die Arbeitgeber in der Land- und Forstwirtschaft, jede offene Stelle sofort einer öffentlichen Arbeitsnachweiskeite anzumelden, sowie von jeder Verfügung Mitteilung zu machen.

Der Arbeitsmarkt im Reich. Die Lage des Arbeitsmarktes im Reich hat eine leichte Besserung erfahren. Auch in der Landwirtschaft hat sich die Nachfrage gehoben. Bei den Forstarbeitern bilden Unterkunfts- und Lohnfragen der Vermittlung beantragende Ursachen. Die Arbeitsmarktlage im Bergbau ist unverändert. In der Industrie hat keine wesentliche Veränderung stattgefunden. Eine wesentliche Besserung weist im allgemeinen das Baugewerbe auf. Bei kaufmännischen und technischen Angestellten hat sich in den meisten Bezirken die Lage leicht gebessert. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden ist im allgemeinen zurückgegangen, während sich die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden noch etwas vermehrt hat.

Oberst, 21. März. (Brandfall.) Am Mittwoch brannte das Gebäude des Gottl. Finkbeiner in Rotwang vollständig nieder. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Stuttgart, 20. März. (Neuer Militärbesolmächtinger.) Oberst Dolland, bisher Militärbesolmächtinger in Berlin, wurde unter Aushebung von dieser Stelle zu den Offizieren von der Armee versetzt. An seine Stelle tritt Generalmajor Kerner, Kommandeur der 51. Infanterie-Brigade. — Heute nachmittags erschien ein Flieger über der Stadt und warf tausende von Flugzetteln ab, worin die Aufforderung enthalten war, sich für den Grenzschutz Ost bei der württ. Freiwilligen-Abteilung Haas (Nünningen, Altes Lager) zu melden.

Stuttgart, 21. März. (Aus dem Soldatenrat.) In der heutigen Sitzung der Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs wurde ein Antrag, die Freiwilligen-Abteilung Haas (Nünningen) sofort aufzulösen, angenommen. Desgleichen ein Antrag, den schwerbeschädigten Kriegern durch eine angemessene Preisermäßigung die Eisenbahnfahrt 2. Klasse zu ermöglichen.

Stuttgart, 21. März. (Sozialisierung in Württemberg.) Die württ. Regierung beabsichtigt, die Befugnisse des Staates und der Gemeinde zur Sozialisierung von Betrieben in nächster Zeit bis zum Erlass eines Reichsgesetzes festzulegen. Für die Sozialisierung sollen nur solche Betriebe in Betracht kommen, die ganz oder überwiegend der Versorgung der Einwohner mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs oder mit unentbehrlichen Diensten dienen. Auch werden die Gewerbebetriebe, auf die sich die Rechte der Gemeinden erstrecken können, besonders festgelegt werden müssen. Die Angelegenheit wird noch mit Interessenten, vor allem mit Vertretern der Städte und Gemeinden weiter besprochen werden. Auch die Sozialisierung der Apotheken wird in Frage kommen.

Stuttgart, 21. März. (Nach dem Spartakusputsch.) Wegen der vergrößerten Spartaufführer H. Brule und Gen. wird die Voruntersuchung morgen abgeschlossen. Die Akten sind zum größeren Teil schon der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zugeleitet. Dienach wird die nach dem Ergebnis der Untersuchung in Aussicht zu nehmende öffentliche Hauptverhandlung in kürzester Frist stattfinden können. Ueber eine etwaige Freilassung der Verhafteten steht die Entscheidung nur dem zuständigen Richter bzw. Gericht zu. Eine Niedererschlagung des Verfahrens kann, zumal die Bevölkerung ein großes Interesse an der Aufklärung des Landstands durch eine öffentliche Verhandlung bekundet, schon im öffentlichen Interesse nicht in Betracht kommen.

Heilbronn, 21. März. (Bauernforderungen.) Am letzten Dienstag fand hier eine sehr stark besuchte Bauernkommissionerversammlung des württ. Bauern- und Weingärtnerbundes ab 15 Ortschaften des Oberenbezirks statt. In einer scharfen Entschiedenheit wurde gegen das Vorgehen des Ernährungsministers in der Milchfrage protestiert und der sofortige Abbruch der Zwangsverpflichtung, Verbeisführung eines jeden Karkes, eines freien Hofes, Abholung von Zuchtviehmärkten, Abschaffung der Hauskontrollen und Hausfuchungen, freie Wähle für den Selbstversorger und vierteljährliche Mahlung, besser: Verbergung mit Futter- und Düngemitteln, Abschaffung der Deusträmien, Verabfolgung der Hausfuchungen verlangt.

Heilbronn, 21. März. (Hohe Holzpreise.) Beim letzten Holzverkauf wurden für eine Fische mit 5,11 Hektar, 2,2 Meter lang, 3015 M. bezahlt.

Von der Enz, 21. März. (Der diebische Sicherheitsmann.) Der Justizrat Emil Soy aus Pforzheim kam als Sicherheitsmann nach Enzlingen und gab bei einem Wirt vor, Hausfuchung haben zu müssen. Dabei befahl er den Wirt um 480 M. Als er später mit Freunden wiederkam und „Geburtsstag“ feierte, erkannte der Wirt das gestohlene Geld und machte Anzeige. Soy erhielt 10 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Gammertingen i. G., 21. März. (Gefangenener Fang.) In Gammertingen wurde ein Getreidefuchter aus Gammertingen abgefangen. Er hatte in einer Gasse einen Doppeltürmer Erbsen verborgen.

Sonntagsgedanken.

Die neue Zeit und wir.

Die neue Zeit braucht feste Herzen und klare Meinungen. Die neue Zeit wird sein, wie die Herzen der Menschen sein werden.

Vermischtes.

D.P.E. „Eine schädliche Komödie.“ Im „Vorwärts“ wird die Politik der Unabhängigen Sozialdemokraten in den letzten vier Monaten als eine schädliche Komödie gekennzeichnet; in den Ministerien haben sie sich darauf beschränkt, die Arbeit ihrer sozialdemokratischen Kollegen zu lähmen und zu durchkreuzen. Der „Vorwärts“ schreibt wörtlich: „Jahresabschluss auf bloße Opposition eingestellt, sagte ihnen wohl der Bessel, aber nicht die Arbeit zu; sie schieden aus und wurden wieder grundsätzlich. Etwa so, wie Richard Müller, der mit seiner Leiche den Weg zur Nationalversammlung sperren wollte und drei Wochen später die Sparschlachten zur Beteiligung an den Wahlen zu animieren versuchte. Oder umgekehrt Haase, der sich im Zirkus Busch für die Demokratie und auf dem Parteitag für das Rätesystem erklärte. Der unabhängige Sozialdemokrat Strödel schreibt in der „Weltbühne“, von seiner Partei, der Parteilag der Unabhängigen habe bemerkt, „daß die übergroße Mehrheit in dieser Partei dem Bolschewismus bereits erliegen ist“.

Die Verluste der Kriegsschiffe. Die Londoner „Times“ bringen aus amtlicher Quelle folgende Angaben über die Verluste zur See, die beide Seiten erlitten haben:

Schiffsklasse	England	Frankreich	Italien	Japan	Amerika
Schlachtschiffe	15	4	3	1	—
Schlachtkreuzer	3	—	—	—	—
Kreuzer	26	5	2	4	1
Minierboote	6	—	1	—	—
U-Boote	64	14	10	3	2
Torpedoboote	10	8	5	1	—
Landboote	50	14	8	—	1
Kleine Fahrzeuge	27	9	—	—	—

Gesamttonnage 550 000 110 000 76 000 50 000 17 000
Gesamtverluste aller Flotten der Alliierten: 803 000 Tonnen.

Schiffsklasse	Deutschland	Oesterreich
Schlachtschiffe	1	3
Schlachtkreuzer	1	—
Kreuzer	24	2
Minierboote	—	3
U-Boote	72	5
Torpedoboote	51	4
Landboote	205	8

Gesamttonnage 350 000 85 000 Tonnen.
Gesamtverluste der Mittelmächte: 415 000 Tonnen.

Von den schweren Lokomotiven, die nach Frankreich ausgeliefert wurden und die dort wegen des schwachen Bahnverkehrs nicht verwendbar sind, soll bereits eine Anzahl wieder nach Deutschland zurückbefördert worden sein.

Grubenunglück. Im Schacht Reichsland in Mülhausen i. E. wurden durch eine Explosion 13 Arbeiter getötet und viele verwundet. Eine Anzahl Personen ist noch in der Grube eingeschlossen. Das Unglück soll durch Explosion einer Röhre mit Sprengstoffen entstanden sein.

Feindliche Gerichtsverteilung. Ein Weinhändler und ein Bier in Koblenz, die eine Ladung Cognak im Wert von 1 Million Mark von Hrenheim nach Koblenz schmuggeln wollten, wurden vom amerikanischen Gericht zu je 1 Jahr Zuchthaus

und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wegen unerlaubter Veranlassung eines Karnevals-Lanzvergnügens verurteilte das britische Kriegsgericht zu Eberfeld einen Wirt, dem von der Lanzgesellschaft 2000 Mark bezahlt worden waren, zu 7000 Mark Geldstrafe. Vier Veranstalter erhielten 7 Tage, drei 4 Tage Gefängnis. 25 junge Mädchen und Herren kamen mit einer Geldstrafe von 50 Mark davon, die Kellner hatten je 25 Mark Buße zu zahlen.

Ein gefälschter Betrüger, der sich der Marke „Armando Imperiale aus Sorrent nannte, trat in München mit gefälschten Diplomatensiegel und gefälschter Vollmacht der italienischen Regierung als Gesandter beim Staatskommissar für das bayerische Ernährungswesen auf und erklärte, er sei von seiner Regierung beauftragt, der Volksrepublik Bayern Lebensmittel wie kondensierte Milch und Reis zu spenden und weiterhin gegen bare Vorauszahlung bereitstehende Waren im Wert von 17 Millionen Mark zu verkaufen. Er verlangte einen Vorbehalt von 7 Millionen Mark. Als er den Betrag nicht erhielt, ging er auf 3 Millionen Mark herunter. Sein Benehmen fiel auf und führte schließlich zu seiner Verhaftung. Hier gab er sich zuerst als englischen Staatsangehörigen und internationalen Fliegereisenden aus. Seine Angaben erwiesen sich indes als falsch. Bis jetzt ist ermittelt, daß der Verhaftete unter falschem Namen und Titel in Betrieben in Berlin und Wien verweilt hat.

Pension für Liebnechts Witwe. Nach der „Morning Post“ soll der Zentral-Sowjet in Moskau beschließen haben, der Witwe Liebnechts eine jährliche Ehrenpension von 40 000 Rubel zu bewilligen.

Drahtloser Fernsprecher. Der „Times“ zufolge ist es der Marconi-Gesellschaft gelungen, eine drahtlose Fernsprecheinrichtung zwischen Irland und Canada herzustellen.

Bestellen Sie unsere Zeitung „Aus den Tannen“!

Alle Postanstalten, Postboten, Agenten und Austräger unserer Zeitung nehmen Bestellungen auf das, mit dem 1. April beginnende neue Quartal entgegen.

Letzte Nachrichten.

B.B. Hamburg, 21. März. Bei der Beratung der Seemannsversammlung ergab die Abstimmung der Versammlung des Seemannsbundes, die von etwa 5000 bis 6000 Seeleuten besucht war, 1760 Stimmen für und 804 Stimmen gegen die Ausfahrt der Schiffe. Danach hat die große Mehrheit der Besüder sich der Stimme enthalten.

B.B. Amsterdam, 21. März. Aus London wird gemeldet, daß der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Cecil Harmsworth im Unterhause erklärte, die gegenwärtige Blockade könne nur im Einvernehmen mit den Alliierten und den Vereinigten Staaten aufgehoben werden. Die alliierten Regierungen seien aber der Ansicht, daß es notwendig sei, die Blockade beizubehalten, weil Deutschland auf diese Weise leichter dazu gezwungen werden

könne, die Friedensbedingungen anzunehmen und durchzuführen.

B.B. London, 21. März. (Reuter.) Die Eisenbahner haben den Vorschlag der Regierung abgelehnt.

B.B. Wien, 21. März. Das Wiener Korr. berichtet mit: Das Staatsamt für Aeußeres erhielt von der italienischen Waffenstillstandskommission die Mitteilung, daß die in Paris vereinigten Mächte einstimmig die Aufhebung der Blockade über das ehemalige Oesterreich-Ungarn beschloffen haben.

B.B. Berlin, 22. März. Wilde Gerüchte über einen neuen Umsturz in Ungarn gelangen in den Morgenblättern zur Wiedergabe. Seit gestern Nachmittag befindet sich Ungarn wieder im Kriegszustand mit der Entente. Die ganze Regierung habe demissioniert, um einem sozialistischen Kabinett Platz zu machen. Ein anderes Gerücht will wissen, daß eine große bolschewistische Armee, in deren Reihen sich viele ungarische Kriegsgefangene befinden, auf dem Anmarsch gegen Ungarn sei.

B.B. Brüssel, 22. März. Im Bahnhof von Grimde bei Tirlemont fand eine Explosion statt. Wie verlautet, befanden sich dort 150 Wagen Munition. Es ist unmdglich, sich dem Ort der Katastrophe zu nähern. Bis Tirlemont sind die Fensterheiben zertrümmert. Einzelheiten fehlen.

B.B. Frankfurt a. M., 22. März. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt in ihrem Handelsteil eine Meldung ihres Mitarbeiters in Zürich, nach der die Vereinigten Staaten angeblich weitere Vorschläge an die Verbündeten verweigern. Sogar die feste Kriegserklärung zwischen London New York sei bereits durchbrochen. Das Scheitern der französisch-amerikanischen Verhandlungen sei bemerkenswert und vielleicht als Duzmittel Wilsons gegenüber Clemenceau zu deuten.

B.B. London, 22. März. Reuter meldet: Die letzten Nachrichten aus Ägypten zeigen, daß die Lage sich verschlechtert hat und jetzt zweifellos ernst ist.

B.B. Paris, 22. März. (Reuter.) Millerand wurde zum Generalkommissar der Republik in Straßburg ernannt. Er reist sogleich nach Straßburg ab.

B.B. London, 21. März. Ueber die Kriegsschadigungen erzählt Reuter von autoritativer britischer Seite aus Paris, daß bisher nur darüber eine Einigung erzielt wurde, daß Deutschland jeden Pfennig zahlen müsse, den es aufbringen könne, daß es aber nicht annähernd alles bezahlen könne. Zur Frage, innerhalb welcher Zeit die Entschädigungen gezahlt werden würden oder könnten, seien einige Sachverständige für 30, andere für 50 Jahre gewesen. Alle Sachverständigen seien der Meinung, daß man eine wirklich betriebende Entschädigung nur von einem blühenden Deutschland erwarten könne.

Druck und Verlag der W. Meißner'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schließung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Bekanntmachung.

Betrifft Abgabe von Zivilentlassungszügen.

Abschrift:

Es liegt Veranlassung vor, die Truppenteile und Bezirkskommandos darauf hinzuweisen, daß der Austausch bereits abgegebener Entlassungszüge (Uniformen) in Zivilanzüge unzulässig ist. Das Ausstellen diesbezüglicher Bescheinigungen wird hiermit untersagt. Nur wenn Leute nachweisen, daß sie im neutralen Ausland oder besetzten Gebiet Anstellung gefunden haben oder dort orts Wohnsitz nehmen wollen, ist der Austausch gegen Vorzeigen eines entsprechenden Ausweises erlaubt.

Generalkommando XII. A. R. Abt. IVa Nr. 14 566 v. 13. 3. 1919

Vorstehende Verfügung wird zur Kenntnis gebracht.

Die bereits hier eingereichten Anträge auf eine Bescheinigung zum Austausch der Uniformstücke gegen Zivilanzüge haben durch obige Verfügung ihre Erledigung gefunden. Eine weitere Beachtung erfolgt nicht.

Calw, 19. 3. 1919.

Bezirkskommando.

Stadtgemeinde Gatterbach.

Jagd-Verpachtung.

Am Dienstag, den 25. März 1919, nachm. 2 Uhr

wird die hiesige

Gesamt-Gemeindejagd

in 2 Distrikten, auf 3 oder 6 Jahre, auf dem hiesigen Rathhaus im öffentlichen Aufstreich

verpachtet.

Es besteht

der Distrikt I aus der Markung Gatterbach mit 1016 ha Feld- u. 364 ha Waldfläche

der Distrikt II aus der Markung Alt-Muisra mit 206 ha Feld- und 134 ha Waldfläche

Die Verpachtungsbedingungen liegen bei der Stadtpflege, welche auch jede gewünschte Auskunft erteilt, auf.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 13. März 1919.

Stadtpflege.

Altensteig-Stadt.

Gegen

Lebensmittelmarke 14

werden von Montag, den 24. d. Mts. ab bei

Burghard und Rothfuß

125 Gr. Erbsen zu 50 Pf. pro Pfund und

125 Gr. Linsen zu 55 Pf. pro Pfund

abgegeben.

Den 21. März 1919.

Stadtschulth.-Amt.

Altensteig-Stadt.

Von Montag, den 24. d. M. ab ist bei

Burghard, Frk. Rau und Schwarz

markenfreie

Marmelade

zu 1 Mk. pro Pfund erhältlich.
Den 21. März 1919.

Stadtschultheißenamt.

Altensteig.

Totenbukett

und Kränze

Sterbekleider u.

:: Sterbekissen ::

sowie eine große Auswahl

Kinder-Sterbekleider

noch aus Stoff

empfiehlt

G. Strobel.

Altensteig.

Unterzeichnet verkauft am Dienstag, den 25. März, nachm. 2 Uhr die

Waldstreu

seines ca. 5—6 Morgen großen Waldstückes im öffentlichen Aufstreich. Zusammenkunft bei der Altheilberger Sägmühle.

Liebhaber ladet ein

Martin Schaible.

Altensteig.

4—5 tüchtige

Maurer

sowie 2 Tagelöhner

finden sofort dauernde Beschäftigung bei

Joel Walz jr., Maurermeister.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will,

der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmohntanz

mit Heidelbeerzuzug

und mit 50 Pf. ff. die Flasche zu 100 Liter reichend kostet Mk. 15.—, ferner

Ruf's Heidelbeeren mit Zuckern

zu 100 Liter Mk. 31.—.

Viele Anerkennungen.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Eitingen.

Waldwangen, 8. 11. 1918.

Senden Sie mir wieder 3 Flaschen Kunstmohntanz mit Heidelbeerzuzug und mit 50 Pf. ff. zu 100 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden.

gez. Christian Schreiber, Buchbinder.

Kunstmohntanz (mit Zuzug), 8. 11. 1918.

Es sind doch aus Ihrem Kunstmohntanz bereitwillig Getränke aufbereitet worden und ich bin sehr zufrieden worden, so erlaube ich Sie freundlichst um sofortige Zusendung einer Flasche Kunstmohntanz mit Heidelbeerzuzug und mit 50 Pf. ff. zu 100 Liter.

gez. Kurt J. Dandberg.

Beamenschule Oberndorf a.N.

vermittelt Damen und Herren eine höhere Allgemeinbildung sowie kaufmänn. u. fachl. Ausbildung zum Eintritt in den Verwaltungs- u. Verkehrsdienst. Stellenvermittl. Prospekt A. Frei.



Altensteig.
Sonntag, den 23. März, abends 7/8 Uhr
findet im Grünen Baum hier ein
evangel. Gemeindeabend

statt mit Vortrag:
„Soll in unserer evangelischen Landeskirche alles
beim Alten bleiben? — Allerlei Kirchenbaupläne.“
Zugleich Begründungs-Versammlung der Ortsgruppe des **Evang.
Volksvereins** hier.
Dazu werden die evangelischen Kirchengenossen von hier und Um-
gebung freundlich eingeladen.
Stadtpfarree Hang.

Egenhausen-Pfalzgrafenweiler.
Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu
unserer am
Dienstag, den 25. März 1919
im **Gasthaus zum Ochsen in Egenhausen**
stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.
Georg Rieger |||| **Marie Oesterle**
Sohn des Joh. Gg. Rieger |||| Tochter des Hermann Oesterle
Wagners in Egenhausen. |||| Wehgers in Pfalzgrafenweiler.
Kirchgang um 11 Uhr in Egenhausen.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen
Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Altensteig.
=Garantol=

bestes Eierkonservierungsmittel
in Packungen 100—120 Eier à 25 Pf.
275—300 „ „ 40 Pf.

Wasserglas

frisch eingetroffen bei
Chr. Burghard jr.

Altensteig.
In sämtlichen
Feld- und Gartengeräten

habe ich mein Lager wieder vollständig
ergänzt und gebe dieselben billigst ab.

frisch eingetroffen sind:

Kaffermühlen
Gewürzmühlen
Graupenmühlen
— in großer Auswahl. —

**Rupferne
Herdwasserschiffe**

ganz aus Kupfer
werden nach einzuschickenden Maßen rasch und billigst geliefert

W. Beeri, Inh. A. Flächer
Telephon Nr. 26.

Nagold.
**Ausshank
Ränkener
Pichorr-Bräu**
Gasthof z. „Schw. Adler“
Schwauz.
Gasthof z. „Löwen“
Kurlenbauer.

Altensteig.
Empfehle erstklassige
**Kinder-
Leiterwagen**

verschiedene Größen, von Spezialfabrik
sowie

Kinderstühle
(verstellbare) zu billigen Preisen
M. Brenner
Sattler und Tapezier.

Einen gutenhaltenen, schönen
Kinderwagen
mit Verdeck, hat abzugeben
der Obige.

Altensteig.
Ein guterhaltenen
**Photograph-
Apparat**

18/18 cm, samt Zubehör, verkauft,
Wer? — sagt die Geschäftsf. d. Bl.

Altensteig.
Ein tüchtiges
Mädchen

nicht unter 18 Jahren auf 1. April
oder später

gesucht
von
Frau Güterbeförderer
Henkler Witwe.

Kornweihen.
Einen kräftigen
Jungen

nimmt unter günstigen Bedingungen
in die Lehre

Karl Dachtler, Schmiedmstr.

Große und kleinere
**Läufer-
schweine**

(worunter auch zur Zucht geeignete)
hat zu verkaufen

**Merkle z. Burg
Nagold.**

Altensteig.
Spazierstöcke

für Erwachsene und Kinder
empfiehlt in reicher Auswahl
billig

Lorenz Luz jr.

Bettmöbelen

Beseitigung sofort. Alter und Ge-
schlecht angeben. Auskunft umsonst.
Gerres-Verband, Stuttgart,
Wächterstraße 2.

Heberberg.
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
und die Wohlthaten die wir während der
Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben
Mutter

Christine Weißer

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Hrn. Pfarrers,
den erhabenden Gesang des Hrn. Lehrers mit seinen Schü-
lern und die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte
sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Lebens-Existenz!

Wir suchen in Altensteig und Umgebung geeignete
Personen zur
**Uebernahme der Geschäftsstelle einer alten
Privatkrankenpflege.**
Die Tätigkeit besteht in Mitgliederannahmen, Kassieren und
Krankenkontrolle.
Verdienst ist dauernd und bietet Lebens-Existenz.
(Besonders geeignet für Kriegsinvaliden.)
Angebote unter „Krankenkasse“ a. d. Kont. ds. Bl. erbeten.

Meine Zulassung beim Landgericht Tübingen
ist erfolgt.

**Rechtsanwalt Huber
Nagold.**

Altensteig.
Aus neuen Sendungen
empfiehlt

Bürstenwaren

wie:
Schrubber
Cardätschen
Pugbürsten
Waschbürsten
Kehrwische
Weißpinsel
Anstreichpinsel
Schuhbürsten
Parkettwisch-
bürsten
Gläserbürsten
Sorghobesen
usw.

zu mäßigen Preisen in sehr
guter Ware

Lorenz Luz jr.
Telephon Nr. 46.

Nagold.
**Hausbacköfen
Herdbacköfen
Fleischränder
Zentrifugen**

in verschiedenen Größen, zu mäßigen
Preisen empfiehlt

Joh. Werner.

Agordene:
Nagold: Johanna Werner 18 1/2
Jahre, Tochter d. Joh. Werner.

Speise-Zwiebeln

und
Knoblauch

frisch eingetroffen bei
Chr. Burghard jr.

Tabakfamen

ca. 5000 Korn bester Sorten m.
Kulturans. 1 Mt. Nachn. 1.35.
Ferner empf. das Buch

Der Tabak

v. Samenform bis zum Genuss. Ind.:
Ausfaat, Kultur, Steurr, Ernten,
Trockaen, Saugen, Beizen, Ferment-
tieren, Selbstanfertigen v. Zigaretten,
Zigaretten, Rauch, Kau- und Schnupf-
tabak, 1 Mt. Nachn. 1.35.

**Ed. Hecht, Tabakkulturen
Berlin-Schönholz 12 n.**

**Konfirmanden-
Geschenke**

empfehlen wir:
Bücher u. Schriften
Gesangbücher
Vergißmeinnichte
Postkarten-Album
Füllfederhalter
etc.

W. Nieker'sche Buchhdlg.

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag Ostli, 23. März. Co.
Gottesdienst um 7/10 Uhr in
der Kirche. Lieder 122, 129.
Darauf Kindergottesdienst in der
Kirche. 7/9 Uhr Christenlehre
Söhne.

Donnerstag, 27. März 8 Uhr Bibel-
stunde.

Gemeinschaft Jugendheim.
Die Versammlung fällt aus.

